

Zwischen den Mühlsteinen russischer Oligarchen

Der Schweizer Rohstoffhändler Ameropa ist zwischen die Fronten eines Industriekampfes geraten.

Christian Mensch

Der Machtkampf scheint unterschieden. Der Oligarch Dmitri Mazepin hat den Düngemittelproduzenten Togliattiazot (ToAZ) übernommen. Es handelt sich dabei um eine der weltgrössten Fabriken für Ammoniak. Seinen Gegenspieler Sergei Makhlai hat er dabei trickreich ausgespielt.

Dmitri Mazepin gehört zum Kreis Putin-naher Oligarchen, die bei Kriegsausbruch in den Kreml geladen waren. Kurz darauf landete er auf der Sanktionsliste der EU und der Schweiz. Dabei half ihm noch Ende 2019 die Schweizer Anwaltskanzlei Walder Wyss, für die von ihm dominierte Uralchem einen Kredit über 3,9 Milliarden Dollar zu beschaffen. Und bis Anfang März war Mazepin Hauptsponsor eines Formel-1-Rennstalls, der dafür seinen Sohn als Fahrer engagierte.

Eine Stadt als Spielball der Mächtigen

Togliatti, die bis 1964 Stawropol hiess, ist eine südrussische Stadt mit über 700 000 Einwohnerinnen und Einwohnern – und schon immer Spielball höherer Interessen gewesen. Mit dem Namen des italienischen Kommunisten Palmiro Togliatti kam auch der Autobauer Fiat, der mit dem russischen Staat ein Lada-Werk errichtete, der noch heute grösste Arbeitgeber der Stadt.

Auch die riesige Produktionsanlage für Stickstoffe («Azot») entstand mit internationalem Kapital. Es war ein US-Unternehmer, der die Anlage finanzierte, die von Anfang an auf Export angelegt war. Eine 2400 Kilometer lange Pipeline zur ukrainischen Hafenstadt Odessa wurde dafür gelegt – die nun seit Kriegsausbruch stillgelegt ist.

Bei der Privatisierung der russischen Wirtschaft in den 1990er-Jahren riss Vladimir Makhlai, der Generaldirektor, Macht und Mehrheit der ToAZ an sich. Die internationale Vermarktung der Produkte übertrug er dem Schweizer Rohstoffkonzern Ameropa. Die von der Familie Zivy geführte Firma übernahm 2004 über eine Offshore-Gesellschaft in Hongkong auch ein Aktienpaket über 12,96 Prozent, um ihre exklusive Kundenbeziehung abzusichern.

Viktor Vekselberg, der ebenfalls eine Beteiligung hielt, wollte die ToAZ ganz. Mit Steuerklagen trieb er Makhlai in die Enge. Dieser bestritt die Rechtmässigkeit, zahlte aber happige Nach- und Strafsteuern, behielt dadurch die Macht, setzte sich jedoch ins Ausland ab.

Spätestens seit den Panama-Papers ist ersichtlich, wie die Familie ihren Besitz auf ein Geflecht von Offshore-Konstruktionen verteilte, die geeignet sind, sowohl gegenüber den Steuer- als auch gegenüber den Wettbewerbsbehörden die eigentlichen Besitzverhältnisse zu verschleiern.



Togliattiazot: Eine der weltweit grössten Produktionsanlagen für Ammoniak und Harnstoffe. Bild: Yuri Streletc/Sputnik/Keystone



Dmitri Mazepin (links) und Sergei Makhlai: Mazepins Nähe zum Kreml entschied den Machtkampf. Bilder: Getty, zvg

Die Familie liess sich in England, in den USA, aber auch in der Schweiz nieder, wo einer der Söhne, Andrej Makhlai, vom Tessin aus operierte. Das Vermögen wird von «Forbes» auf rund eine Milliarde Dollar geschätzt.

2008 trat Vekselberg seine Anteile dem aufstrebenden Mazepin ab, der mit der Uralchem bereits im Düngergeschäft tätig war und ebenfalls ein Auge auf die ToAZ geworfen hatte. Wie die Makhlais lenkt auch er seine russischen Beteiligungen über Offshore-Firmen.

Mazepin erweiterte zunächst seinen Einfluss auf den Bergbau- und Düngemittelkonzern Uralkali, der zuvor schon die ebenfalls in der Schweiz aktiven Oligarchen Dmitri Rybolowlew und Suleiman Kerimow milliardenschwer gemacht hatte. Ab 2010 verschärfte er seine Kampagne gegen Makhlai und Ameropa, die er als wirtschaftliche Einheit betrachtet.

Zwei völlig unterschiedliche Wikipedia-Versionen beschreiben den Machtkampf. Die russische Sichtweise behauptet mit Verweis auf die russische Justiz, ToAZ habe den Rohstoff unter Preis an die Ameropa abgege-

ben, während diese das Ammoniak zu einem 20 Prozent höheren Preis auf dem Weltmarkt weiterverkauft. Die Klagen lauteten auf Betrug und Steuerhinterziehung.

Die westliche Version beschreibt, wie mit Falschnachrichten (Black PR), instrumentalisierten Steuerbehörden und Strafanzeigen versucht werde, Makhlai und Ameropa zum Aufgeben zu bewegen.

«Die Klage war von Anfang bis Ende eine Lüge»

Das russische Strafverfahren gegen Makhlai und Ameropa dümpelte vor sich hin, bis sich Putin ab 2014 stärker der Industriekonzerne annahm. Die regionale Strafverfolgungsbehörde musste das Dossier an die Moskauer Zentrale abtreten, die Verfahren wurden zur Farce. Ein Gutachten, das den Nachweis eines Betrugs nicht erbrachte, wurde für ungültig erklärt, ein neues in Auftrag gegeben.

Ende 2016 fiel das Urteil: Vater Vladimir und Sohn Sergei Makhlai sowie der Ameropa-Besitzer Andreas Zivy und ein Manager wurden in Abwesenheit zu hohen Gefängnisstrafen und einer Milliardenbusse verurteilt,

die Schweizer per Interpol zur Haft ausgeschrieben.

Abgeurteilt wurde auch ein ToAZ-Manager, der sich nach England abgesetzt hatte. Das ausführliche Urteil, mit dem die britische Justiz das russische Auslieferungsgesuch abschmeterte, gibt einen unabhängigen Einblick, wie die russische Staatsmacht mit Hilfe der Justiz Wirtschaftspolitik betreibt. Es heisst darin: «Die Klage war von Anfang bis Ende eine Lüge von Uralchem und eine Manipulation des Justizsystems.» Der Sachverständigenbeweis sei offensichtlich manipuliert worden. Die Höhe des beklagten Schadens von über 3 Milliarden Dollar und die Behauptung, die gesamte Ammoniak- und Harnstoffproduktion sei gestohlen worden, ergebe «keinen Sinn».

Zivy und sein Manager setzten erfolgreich die internationalen Haftbefehle ausser Kraft. Ohne Erfolg waren jedoch die Rekurse in Russland; auf das erste Urteil folgte 2019 ein gleichlautendes zweites und im Herbst 2021 ein drittes.

Heerscharen von Anwälten sind involviert. In New York hat Uralchem im vergangenen Jahr ein neues Verfahren in Gang gebracht, das auch die UBS unter Druck zu bringen versucht. Über die Schweizer Grossbank habe Ameropa mit «verdächtigen» Zahlungen mutmassliche Kickbacks an die Makhlai-Familie entrichtet. Dies ist der Verdacht, dem die US-Behörden nachgehen sollten.

Doch auch Makhlai klagt gegen Mazepin, und zwar in Irland, wohin Mazepin einen Teil der Aktien verschoben hat. Dieses Verfahren ist seit dieser Woche allerdings ausgesetzt: Als

Mazepin auf die Sanktionsliste gesetzt wurde, legten seine Anwälte das Mandat nieder.

Der Trick mit der russischen Depotbank

Faktisch hat Mazepin in den vergangenen Monaten die Macht bei ToAZ bereits übernommen: Mit Beteiligungen setzte er zunächst dem russischen Finanzinstitut Togliattichimbank zu, da die Makhlais dort ihre ToAZ-Anteile im Depot hatten. Im vergangenen November wurde die Bank in Konkurs gesetzt und das Management durch Mazepin-Getreue ersetzt. Mazepin berief daraufhin eine ToAZ-Generalversammlung ein. Da die Depotbank den Gesandten von Makhlai nun aber die Stimmrechtsvertretung verweigerte, hatte Mazepin freie Fahrt. Im Februar wurden auch die Makhlai-Aktien beschlagnahmt und öffentlich versteigert; es haben nur zwei Uralchem-Firmen geboten.

Die Ameropa ist zu verstrickt, als dass ihr ein Ausstieg gelingen will. Mit einem Volumen von 9,6 Milliarden Franken gehört Ameropa zu den kleineren der Schweizer Rohstoffhändler. Als Händlerin für Getreide und Dünger ist sie stark in Osteuropa engagiert, wenn auch nicht mehr in Russland. Der wirtschaftliche Schaden hält sich in Grenzen, schmerzhaft ist der wiederkehrende Reputationschaden. Proaktiv wird deshalb jede neue Verurteilung kommentiert: «Kafkaesk» sei, was Ameropa mit der russischen Justiz widerfahre. Es werde erwogen, den Fall beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorzubringen. Es wird dies weder Mazepin noch die russische Justiz beeindrucken.

Medien

Ich boykottiere, also bin ich

Unternehmen haben sich zunehmend politisch korrekt zu verhalten. Was jedem auffällt, der aufmerksam Medien nutzt, ist wissenschaftlich abgesichert: Die Korrektheit ist ein Stakeholder und wer gegen sie verstösst, wird: boykottiert.

Moralisch sieht sich auf der richtigen Seite, wer zum Boykott aufruft. Dies gilt für die SVP ebenso, die vorläufig nicht in der «Arena» auftreten will, wie für all jene, die mit einem Boykott von Öl und Gas aus russischer Förderung den Frieden in der Ukraine erzwingen wollen.

Es war der irische Gutsverwalter Charles Cunningham Boycott, den die Bauern 1879 wirtschaftlich und sozial abstrafte, weil er trotz Ernteausfall auf dem vollen Pachtzins beharrte. Später war es der friedfertige Gandhi, der so die koloniale Salzsteuer bekämpfte, oder Martin Luther King, der mit dem Busboykott von Montgomery den Rassismus anprangerte.

Die Beispiele zeigen: Es geht nicht bloss darum, den Widersacher zum Einlenken zu bewegen, sondern ebenso darum, für die eigene Sache zu mobilisieren. Das Kollektiv ist vonnöten, um den inneren Schweinehund zu überwinden. Schliesslich beinhaltet jeder echte Boykott die Schwächung des anderen unter Verzicht auf Eigennutz. Dieser Preis muss moralisch abgegolten sein, um tragbar zu erscheinen.

Der Soziologe Albert Hirschmann meinte denn auch, jeder Boykott sei auch ein «Versprechen des Wiedereintritts». Die Rückkehr der SVP in die «Arena» ist damit garantiert.



Christian Mensch
christian.mensch@chmedia.ch

Ruag zieht sich aus Australien zurück

Technologie Ruag International treibt seinen Wandel nun auf den Raumfahrtmarkt fokussierten Unternehmen weiter voran: Der Schweizer Luft- und Raumfahrtkonzern verkauft Ruag Australia an Asdam. Das teilte die Ruag gestern mit. Asdam übernehme alle Aktivitäten von Ruag Australia inklusive aller Mitarbeitenden an allen Standorten in Australien. Die Aufsichtsbehörden müssen die Übernahme genehmigen. Über den Verkaufspreis machen die Parteien keine Angaben. Ruag betont, der Verkauf folge der vom Bundesrat festgelegten Divestitionsstrategie. (abi)